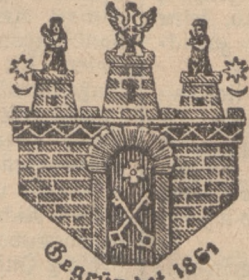


Posener Tageblatt



Bezugspreis: In der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen monatlich 4.— zł. mit Zustellgeld in Polen 4.40 zł., in der Provinz 4.30 zł. Bei Postbezug monatlich 4.40 zł., vierteljährlich 13.10 zł. Unter Streifenband in Polen und Danzig monatlich 6.— zł., Deutschland und übriges Ausland 2.50 Rml. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zuschriften sind an die Schriftleitung des „Posener Tageblattes“, Poznań, Al. J. Marcj. Piłsudskiego 25, zu richten. — Telegrammanzeige: Tageblatt Poznań. Postcheckkonten: Poznań Nr. 200 283, Breslau Nr. 6184. (Konto.-Znh.: Concordia Sp. Akc.) Fernsprecher 6105, 6275.

Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Millimeterzeile 15 gr, Textzeile-Millimeterzeile (68 mm breit) 75 gr. Platzvorschrift und schweizer Satz 50 % Aufschlag. Offertengebühr 50 Groschen. Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Keine Gewähr für die Aufnahme an bestimmten Tagen und Plätzen. — Keine Haftung für Fehler infolge unrichtigen Manuskriptes. — Aufschrift für Anzeigenaufträge: Posener Tageblatt Anzeigen-Abteilung Poznań 8 Al. J. Marcj. Piłsudskiego 25. — Postcheckkonto in Polen: Concordia Sp. Akc. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Poznań Nr. 200 283, in Deutschland: Breslau Nr. 6184. Gerichts- und Erfüllungsort auch für Zahlungen Poznań. — Fernsprecher 6275, 6105.

76. Jahrgang

Poznań (Posen), Dienstag, 26. Oktober 1937

Nr. 246

Stabschef Kowalewski abberufen / Sein Nachfolger Arbeitersektor im Lager der Nationalen Einigung gebildet

Warschau, 25. Oktober. Die seit längerer Zeit erwartete Abberufung des Obersten Stabschef des Lagers der Nationalen Einigung ist jetzt erfolgt. Zu seinem Nachfolger wurde Oberst Wenda ernannt. Die politische Bedeutung dieser Personalveränderung ist vorläufig noch nicht zu übersehen.

Am Sonntag wurde in Warschau die „Reinigung der polnischen Berufsverbände“ als sogenannter Arbeitersektor im Lager der Nationalen Einigung gegründet. Neben dem Arbeitersektor bestehen bekanntlich bereits der ländliche, der städtische und der jugendliche Sektor. Der Arbeitersektor wird von einem alten Mitarbeiter Maschal Piłsudski, Malinowski, geleitet.

Anlässlich der Gründungsversammlung des Arbeitersektors wurde eine ideelle Erklärung abgegeben, die die nationalen Forderungen der Arbeiter enthält. U. a. wird dabei die Forderung nach einer staatlichen Kontrolle über das Wirtschaftssystem Ausdruck gegeben. Weiter werden Forderungen nach Verbesserungen auf dem sozialen Gebiete gestellt.

Ueber die Einstellung des Arbeitersektors zu den nationalen Minderheiten wird u. a. gesagt, daß man den verwandten Minderheiten, die auf der Grundlage der polnischen Staatlichkeit stehen, positiv gegenüberstehe. Negativ stelle man sich jedoch gegen alle „zugewanderten Minderheiten“ ein, die „mit den elementarsten Interessen des polnischen Staates nicht verbunden“ seien.

Es fällt bei diesem Punkte der Erklärung auf, daß jeder einzelne Sektor des Lagers seine Haltung gegenüber den Minderheiten umreißt. Dabei werden Formulierungen gebraucht, die zwar Anlaß zu bestimmten Vermutungen geben, jedoch offensichtlich einer eindeutigen Stellungnahme ausweichen. Wer sich jedoch an die Minderheitenklärung bei der Gründung des Lagers der Nationalen Einigung erinnert, kann sich leicht ein Bild davon machen, wie die Gesamthaltung des Lagers in dieser Frage ist.

In der weiteren Folge der Erklärung wird dem Kommunismus schärfster Kampf angesagt. Zum Schluß heißt es: „Die polnische berufständische Bewegung solidarisiert sich mit dem Ideenprogramm des Lagers der Nationalen Arbeit und glaubt, daß in Zusammenarbeit mit ihm die Einigung der polnischen Welt der Arbeit zum Wohle Polens erreicht werden wird.“

Dem jugendlichen Sektor des Lagers der Nationalen Einigung trat gestern der „Verband der bäuerlichen Jugend“ (Związek Młodzieży Ludowej) bei. Er ist zahlenmäßig nicht sehr stark und kommt aus dem Lager der radikalisierten bäuerlichen Volkspartei. Anlässlich seines gestrigen Entschlusses hat er sich erneut für radikale Grundzüge ausgesprochen. So legte er besonderen Wert auf die

Betonung der Forderung nach Zwangsenteignung nicht allein des großen, sondern auch des mittleren Landbesitzes und nach der Besiedlung der Grenzgebiete im Osten und Westen mit „national zuverlässigen Elementen“.

Die Frage welche Zeitung zum Organ des Lagers der Nationalen Einigung bestimmt wird, ist noch nicht geklärt, wird aber wiederum in der Öffentlichkeit mit großem Interesse erörtert. Das rechtsradikale „ABC“ will wissen, daß die „Gazeta Polska“ zum amtlichen Organ des Lagers bestimmt sei und die Verhandlungen hierüber bereits mit positivem Ergebnis abgeschlossen seien. Bekanntlich behauptet dieses Gerücht sich schon seit einiger Zeit.

Blutige Zusammenstöße in Ägypten Zelllager der Blauhenden in Brand gesteckt — Zwanzig Verletzte

Kairo, 25. Oktober. Anlässlich der ersten Sitzung des Parlaments kam es am Sonnabend in den Straßen Kairo zu zahlreichen Kundgebungen. Infolge der umfangreichen polizeilichen Maßnahmen ist es jedoch nur zu geringfügigen Zusammenstößen gekommen. Dagegen gab es bei politischen Auseinandersetzungen in Gizeh bei Kairo zwanzig Verletzte. In Gama-liah kam es zwischen Blauhenden und andersgefinnten Studenten zu einer Schlägerei, in deren Verlauf das Zelllager der Blauhenden in Flammen ausging. Das Parlament vertagte sich nach einer kurzen Sitzung, in der Nahaas Pascha sich bereit erklärte, alle Interpellationen der Opposition zu beantworten.

Sibanon-Mohammedaner protestieren gegen die Wahlen

Jerusalem, 25. Oktober. Die Kammerwahl der Libanonrepublik am Sonntag begann unter großer Beteiligung der Bevölkerung in gespanntester Stimmung. Infolge des

großen Polizeiaufgebots kam es nur zu zwei leichteren Zwischenfällen. Plötzlich gab die vorwiegend aus Mohammedanern bestehende Opposition, welche sich durch die Regierungsmassnahmen der letzten Tage schikaniert fühlte, die Parole zur Wahlenthaltung und Zurückziehung aller Kandidaten aus. Gleichzeitig wurde an Ministerpräsident Chaunteps eine „Beschwerde wegen Wahlterror der Regierung“ gedrückt; Neuwahlen unter verfassungsmäßigem Schutz wurden zugleich gefordert. Da die jetzige Regierung vorwiegend christlich und frankreichs freundlich ist, während die Opposition mohammedanisch ist und zu den Sziern hält, was nicht in Frankreichs Interesse liegen dürfte, erscheint der Erfolg des Verlangens zweifelhaft.

Krach im jüdischen Lager Palästinas

Jerusalem, 25. Oktober. Die jüdische Presse meldet, daß der Leiter der jüdischen Staatspartei, Großmann, Sonntag vor das zionistische Ehrengericht gestellt wurde. Ihm wird vorgeworfen, die vertraulichen Protokolle über die Besprechungen zwischen dem Zionistenführer Weizmann und dem englischen Kolonialminister Drmsby-Gore vom 19. Juni, in denen offenbar gewisse Zusicherungen Drmsby-Gores an Weizmann in der Frage der Teilung Palästinas enthalten waren, veröffentlicht zu haben. Mit dieser Veröffentlichung wollte Großmann, der ein Teilungsgegner ist, die teilungsfreundliche Gruppe um Weizmann kompromittieren. Einige englische Blätter verlangten damals den Rücktritt Drmsby-Gores, zumal der veröffentlichte Inhalt bei den Arabern starkes Aufsehen erregte. Die Zionistenmehrheit bezeichnet Großmanns Vorgehen als Vertrauensbruch und Verrat der jüdischen Sache aus eigennütigen Zielen.

Danziger NSDAP gegen Scheibenjäger

Danzig, 25. Oktober. Am Sonnabend sind in Danzig, meist in den Straßen der Altstadt, in ungefähr 20 der vorhandenen rund 300 jüdischen Ladengeschäften die Schaufenster eingeschlagen worden. Die NSDAP gibt zu diesen Zwischenfällen die Erklärung ab, daß sie mit diesen Ausschreitungen nichts zu tun hat. Sie hält es — wie das Gaupressamt mitteilt — eigentlich für überflüssig, darauf hinzuweisen, daß ihre Mittel gegen den vorhandenen starken jüdischen Einfluß in der Danziger Geschäftswelt andere sein würden, als das Einschlagen von Schaufensterscheiben,

Zur Richtigstellung!

Seit einiger Zeit tauchten in der polnischen Presse Behauptungen über das angebliche Verschwinden von in Danzig lebender Polen auf deutschem Reichsgebiet auf. In diesem Zusammenhang wurden schwerste Verdächtigungen ausgesprochen. Warschauer amtliche Stellen haben die Behauptungen nun nachgeprüft, worauf es sich herausstellte, daß sie in zwei Fällen sich als unrichtig erwiesen haben. Die beiden Polen, die die polnische Presse als vermißt meldete, sind inzwischen wohlbehalten von ihrem Urlaub aus Deutschland zurückgekehrt. Zu weiteren fünf Fällen, die von der polnischen Presse gemeldet werden, heißt es, daß die amtlichen Erklärungen noch nicht abgeschlossen sind.

Ferner hatte die polnische Presse in der letzten Zeit die Behauptung verbreitet, daß die Gräfin Wielopolska unter schwerem Verdacht in Berlin verhaftet und — wie einige Blätter sogar vermuteten — bereits hingerichtet sei. Die Nachricht über die angebliche Hinrichtung hat sich als ein leeres Gerücht erwiesen. Nach einer Meldung der Lodzger „Freien Presse“ sind die deutschen Untersuchungsbehörden, laut Mitteilungen des Anwalts der Gräfin, bereit, sie auf freien Fuß zu setzen, allerdings nach Hinterlegung der in solchen Fällen üblichen Kaution.

Der Krakauer „ABC“, bekanntlich ein Blatt, das sich wegen seiner deutschfeindlichen Einstellung bereits einen zweifelhaften Ruf erworben hat, muß diese Falschmeldungen der polnischen Presse zu einer Stimmungsmache gegen das Reich aus, indem er sich bemüht, die Polen vor Reisen nach Deutschland zu warnen. Es ist kennzeichnend für den mangelnden Willen in der polnischen Presse, sich zumindest einer sachlichen Berichterstattung gegenüber Deutschland zu befleißigen, wenn eine Reihe von Blättern diese gehässigen Forderungen des „ABC“ nachdruckt.

Einer der Verhafteten freigelassen

Unterhörte Ausbrüche des „Kurier Poranny“

Wie wir erfahren, ist der im Zusammenhang mit den Verhaftungen in der „Kattowitzer Zeitung“ ebenfalls festgenommene Verlagsangestellte inzwischen wieder freigelassen worden. Direktor Kriedte, Hauptschriftleiter Heinz Weber und Schriftleiter Korko befinden sich immer noch in Haft.

Die deutschen Tageszeitungen in Oberschlesien, darunter auch die „Kattowitzer Zeitung“, erschienen am Freitag mit großen weißen Flecken. Auch eine Reihe polnischer Zeitungen ist in Oberschlesien beschlagnahmt worden. Die Warschauer Presse dagegen berichtet weiter über den Fall, wobei sich ganz besonders der „Kurier Poranny“ hervortut. Er spricht zunächst die Vermutung aus, daß es zu einer dauernden Schließung der „K. Z.“ kommen werde, und setzt dann seine gehässigen Bemerkungen fort, indem er seiner Zufriedenheit darüber Ausdruck gibt, daß damit die „Kattowitzer Zeitung“ endlich aufhören würde, zu existieren und „nicht mehr das Gift des Hasses in die Herzen der deutschen Minderheit träufeln würde, der es bestimmt sei, polnisches Brot zu essen“ (11).

148 000 gegen 40 000 Freiwillige!

Ausschlagreiche Zahlen über die militärische Hilfe für Valencia
Italien gibt die Zahl seiner Freiwilligen amtlich bekannt

San Sebastian, 25. Oktober. Die in San Sebastian erscheinende Zeitung „El Diario Vasco“ bringt eine Aufstellung, die sich mit der Frage der ausländischen Freiwilligen befaßt. Der Artikel erinnert daran, daß von September 1936 bis Mai 1937 über 60 000 Ausländer nach Spanien gekommen sind, die in Albacete ausgestattet und gedrillt wurden. In Albacete arbeitete außerdem eine von Ausländern geführte „Generalschule“, die Stabsoffiziere für die Bolschewisten ausbildete. Zu Beginn dieses Jahres wurden 40 000 ausländische Freiwillige bewaffnet, ausgerüstet und zu militärischen Kampfeinheiten zusammengefaßt.

Zusammengefaßt befanden sich zu Beginn 1937 im bolschewistischen Teil Spaniens 90 000 Ausländer an den Fronten sowie 58 000 in Reserve, so daß der Valencia-Ausschlag über ein militärische Hilfe von 148 000 Ausländern verfügte. Dazu kommt, daß der Oberbefehl aller internationalen Brigaden in den Händen sowjetischer Offiziere liegt. Am Herkunft und Nationalität der ausländischen Hilfskämpfer zu maskieren, bildete

das bolschewistische Oberkommando später sogenannte „gemischte Brigaden“, in die einige wenige Spanier eingereicht wurden. Noch nicht zahlenmäßig erfasst ist hier die ausländische Hilfe durch Lieferung von Kriegsmaterial, insbesondere aus Sowjetrußland, Mexiko und Frankreich.

Rom, 25. Oktober. Die italienischen Botschaften in Paris und London haben nach einer Meldung der Agenzia Stefani den Auftrag erhalten, den Regierungen Frankreichs und Englands amtlich davon Mitteilung zu machen, daß die italienischen Freiwilligen in Spanien rund 40 000 Mann zählen. Wer das Gegenteil behauptet, so heißt es, spreche bewußt eine Lüge aus. Bekanntlich hat bereits vor kurzem die „Informazione Diplomatica“ eine entsprechende Verlautbarung herausgegeben, die nun durch die amtliche Erklärung an die Regierungen in Paris und London erhärtet wird. Nach diesem Schritt der italienischen Regierung erwartet Italien, daß nunmehr auch die übrigen Regierungen mit der gleichen verpflichtenden Genauigkeit die Zahl ihrer Staatsangehörigen angeben, die auf der Seite der Bolschewisten kämpfen.

Schwierigkeiten des Palästina-Transfers

Nach monatelangen Verhandlungen ist zwischen der polnischen Regierung und der Jewish Agency for Palestine ein Transferabkommen zustande gekommen...

Die gegenwärtige Depression der Palästina-Wirtschaft, deren Initiative angesichts der ungesicherten politischen Zukunft des Landes stark gelähmt ist...

Der gleichen Aufgabe dient die für den Transfer aus Polen geschaffene Verrechnungsstelle „Halafin“...

Ständige Pelzauktionen in Posen?

Die Leitung der Posener Messe trägt sich mit dem Gedanken, ständige Pelzauktionen abzuhalten...

Staatliche Getreide-Industriewerke bleiben bestehen

Warum von einer Auflösung abgesehen wurde

Die Frage über eine Auflösung oder Umwandlung der Staatlichen Getreide-Industrie-Werke wird schon seit längerer Zeit erörtert...

Den Forderungen des privaten Getreidehandels wird dabei insofern Genüge getan, als das Unternehmen die Privilegien...

Einen weiteren sehr beachtlichen Grund für die Nichtauflösung der Staatlichen Getreide-Industrie-Werke hat die Warschauer Handelszeitung „Gazeta Handlowa“ bekanntgegeben...

In ihrer neuen Rechtsform als Handelszentrale der landwirtschaftlichen Genossenschaften sollen sich die früheren P.Z.P.Z. hauptsächlich mit dem Ankauf von Getreide...

Ausweis der Bank Polski

Im zweiten Oktoberrittel vergrößerte sich der Goldvorrat der Bank Polski um 0,6 auf 432,1 Mill. zł.

Erleichterung für die Textil-Ausfuhrindustrie

Die Zuteilung von Kontingenten für die Einfuhr von Wolle wird bekanntlich davon abhängig gemacht...

Die polnische Erdölindustrie im September

Nach den vorläufigen Angaben wurden im Monat September 1937 in Polen 4144 Zisternen Rohöl gewonnen...

Die polnischen Erdölraffinerien (26) verarbeiteten im September 4100 Zisternen Rohöl gegenüber 4091 im August...

Deutschlands Wirtschaftsverhandlungen mit Estland und Lettland

Die am 15. Oktober in Reval aufgenommenen Verhandlungen über die Regelung des deutsch-estländischen Warenaustausches...

Der Zuckerabsatz im Jahre 1936/37

Wie die „Polska Gospodarcza“ berichtet, sind im Jahre 1936/37 auf dem inländischen und ausländischen Markt 4 150 767 dz Zucker verkauft worden...

Ausgeführt wurden insgesamt 404 780 dz Zucker, während die Ausfuhr im Jahre 1935/37 612 169 dz betrug...

Im Inland ist eine erhebliche Zunahme des Zuckerverbrauchs festzustellen. Im Jahre 1933/34 betrug der Zuckerverbrauch 2 910 636 dz...

Getreide-Märkte

Posen, 25. Oktober 1937. Amtl. Notierungen für 100 kg in Zloty frei Station Poznań.

Table with columns for grain types (Roggen, Weizen, etc.) and prices. Includes sub-section 'Richtpreise'.

Stimmung: schwächer. Gesamtumsatz: 1301 t, davon Roggen 205, Weizen 90, Gerste 257, Hafer 60 t.

Bromberg, 23. Oktober. Amtl. Notierungen der Getreide- und Warenbörse für 100 kg im Grosshandel frei Waggon Bromberg...

Hauptschriftleiter: Günther Rinke, Poznań.

Verantwortlich für Politik: Günther Rinke. Verantwortl. für Wirtschaft u. Provinz: Eugen Petrucci...

Börsen und Märkte

Posener Effekten-Börse

vom 25. Oktober 1937

Table listing various securities and their prices on the Poznań stock exchange.

Warschauer Börse

Warschau 23. Oktober 1937

Rentenmarkt: Die Stimmung war in den Staatspapieren ruhig, in den Privatpapieren schwächer.

